



DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister  
Christian Ude

Rathaus  
Marienplatz 8  
80331 München

München, den 31.07.2013

**Antrag : Keine Münchner Kinder bei Haasenburg!**

Der Stadtrat beauftragt das Sozialreferat:

1. **Alle aus München in Einrichtungen der Haasenburg GmbH geschickten Kinder und Jugendliche werden sofort von dort zurückgeholt**
2. **Es wird eine umfassende Untersuchung eingeleitet, wie weit die gegenwärtig und in der Vergangenheit in diese Einrichtungen geschickten Münchner Kinder und Jugendlichen Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden und ob und wie weit diese Unterbringung bei ihnen Traumatisierungen hinterlassen hat.**
3. **Alle Münchner Kinder und Jugendliche, die jetzt oder in der Vergangenheit in diesen Einrichtungen untergebracht worden waren, werden vom Jugendamt in jeder Hinsicht bei der Sicherung eventueller straf- und zivilrechtlicher Ansprüche unterstützt.**
4. **Die betroffenen Kinder und Jugendlichen erhalten jede erforderliche psychologische und psychotherapeutische Unterstützung, um den Aufenthalt in diesen Einrichtungen aufzuarbeiten.**

**Begründung:**

Die Einrichtungen der Haasenburg-GmbH sind nicht nur in der Hamburger und Berliner Presse in der Kritik; es finden längst Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Cottbus gegen diese geschlossenen Heime statt. Diese betreffen nicht nur die Vergangenheit.

Das Jugendamt ist verpflichtet, bei dem Verdacht (nicht dem gerichtlichen Beweis) einer Gefährdung des Kindeswohls sofort zu handeln. Daher gebietet es schon der Schutz der Beschäftigten des Münchner Jugendamts vor strafrechtlichen Konsequenzen, die Unterbringung Münchner Kinder und Jugendlicher in diesen Einrichtungen sofort zu beenden.

In der Erklärung zur Heimerziehung in der Vergangenheit wurde vom Münchner Stadtrat festgestellt, „die zentrale Forderung der Betroffenen, dass solche Menschenrechtsverletzungen in keinem der Münchner Heime mehr geschehen dürfen, hat für den Stadtrat und den Oberbürgermeister oberste Priorität“. So sollte im Falle der Haasenburg-GmbH auch gehandelt werden.

Initiatorin:

Dagmar Henn  
Stadträtin DIE LINKE.